



Liebe Genossinnen und Genossen,

„Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution“ – haben die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten keine wichtigeren Probleme?

Es ist richtig, mit der proletarischen Revolution ist vorerst nicht zu rechnen. Wir wissen auch nicht, ob jemand von den Anwesenden die Chance bekommt am sozialistischen Aufbau mitzuwirken. Viele von uns werden das vermutlich nicht sein. Trotzdem hat diese Problematik mit dem hier und heute und nicht nur mit dem Übermorgen zu tun. Ein Verständnis dieser Problematik legt die Grundlage für eine differenzierte Analyse von Staaten, die einen nicht-kapitalistischen Weg proklamieren, gehen wollen oder gehen. Eine differenzierte Herangehensweise ist notwendig, wenn wir uns in Diskussionen einbringen, die vielfach in der kommunistischen Weltbewegung geführt werden und oft die Dynamik haben Unterschiede zu vertiefen. Ohne eine differenzierte Herangehensweise ist das Verständnis globaler Entwicklungen schwer, wird eine Einschätzung des globalen Kräfteverhältnis fehleranfällig.

Wir wollen mit dem heutigen Referat nicht die Frage abschließen beurteilen, wie wir die gesellschaftliche Situation in China, Vietnam und Laos beurteilen. Wir werden uns ebenfalls keine abschließende Bewertung des Reformprozess in Kuba anmaßen. Wir werden an diesem Wochenende keine Position zur KDVR festhalten.

Wir wollen an diesem Wochenende eine Debatte eröffnen.

Wir gehen Stand heute davon aus, dass wir bis zum kommenden Parteitag weitergekommen sein werden und ggf. eine Präzisierung unserer Position beschließen werden. Unsere bisherigen Positionen haben wir beim letzten Parteitag unter anderem im Beschluss zur internationalen Arbeit festgehalten.

Diese erste Phase der Diskussion eröffnen wir mit dem heutigen Referat. Wir hatten besprochen auch das Referat von Renate zu „Kubas Weg zum Sozialismus“ mit einzubeziehen. Wir wollen das mit einer Bildungszeitung und anderen Formaten begleiten. Diese erste Phase planen wir als Bildungsthema mindestens bis zum Anfang des kommenden Jahres und wir wollen, dass alle Gruppen der Partei dabei mitmachen.

Ich werde mich dem Thema in verschiedenen Kapiteln und Fragestellungen nähern. Manche sind theoretischer, manche geschichtlicher Art. Manche drehen sich um politische und ökonomische Fragen. Manche beziehen sich auf Fragen des Klassenkampfes und des Kräfteverhältnis, manche haben das Massen- und Klassenbewusstsein und deren Entwicklung zum Inhalt. Das Problem dabei, auch wenn ich in Kapitel unterteile – die Fragen hängen zusammen und beeinflussen sich.

- 1) Das Problem der Zeitschiene zwischen der proletarischen Revolution, den Etappen des sozialistischen Aufbaus und der Errichtung der klassenlosen, der kommunistischen Gesellschaft.

Marx und Engels gingen als sie das Manifest formulierten von einem recht komprimierten Prozess aus, sie schrieben:

„Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.“

Im Manifest folgen dann Sofortforderungen und es geht weiter mit folgendem Text:

„Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegengesatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegengesätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Lenin analysierte dann den Imperialismus als eine besondere Phase des Kapitalismus. Er kam zum Ergebnis, dass es unter den neuen Bedingungen durchaus denkbar ist, dass die proletarische Revolution nicht zuerst in den höchstentwickelten kapitalistischen Staaten siegen könne, sondern ggf. im „schwächsten Glied“. Zusammen mit den Erfahrungen der Pariser Commune führte dies zu Überlegungen, die er noch vor der Oktoberrevolution in seiner Schrift „Staat und Revolution“ niederlegte.

Er schreibt dort u.a.:

„Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d.h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt - erst dann "hört der Staat auf zu bestehen, und ES KANN VON FREIHEIT DIE REDE SEIN". Erst dann ist eine tatsächlich vollkommene Demokratie, tatsächlich ohne jede Ausnahme, möglich und wird verwirklicht werden. Und erst dann beginnt die Demokratie ABZUSTERBEN, infolge des einfachen Umstands, daß die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich nach und nach GEWÖHNEN WERDEN, die elementaren, von alters her bekannten und seit Jahrtausenden in allen Vorschriften gepredigten Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, OHNE DEN BESONDEREN ZwangsAPPARAT, der sich Staat nennt, einzuhalten.“

„Gerechtigkeit und Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht bringen: Unterschiede im Reichtum, und zwar ungerechte Unterschiede bleiben bestehen, unmöglich aber wird die AUSBEUTUNG des Menschen durch den Menschen sein, denn es wird nicht mehr möglich sein, die PRODUKTIONSMITTEL, die Fabriken, Maschinen, den Grund und Boden usw., als Privateigentum an sich zu reißen. Marx zerschlägt die kleinbürgerliche, unklare Phrase Lassalles von "Gleichheit" und "Gerechtigkeit" SCHLECHTHIN und zeigt dabei den ENTWICKLUNGSGANG der kommunistischen Gesellschaft, die GEZWUNGEN ist, zunächst NUR die "Ungerechtigkeit" zu beseitigen, daß die Produktionsmittel von einzelnen Personen angeeignet sind, und vorerst NICHT IMSTANDE ist, mit einem Schlag auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, die in der Verteilung der Konsumtionsmittel "nach der Arbeitsleistung" (und nicht nach den Bedürfnissen) besteht.“

„Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das "bürgerliche Recht" NICHT vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d.h. lediglich in bezug auf die Produktionsmittel. Das "bürgerliche Recht" sieht in ihnen das Privateigentum einzelner Individuen. Der Sozialismus macht sie

zum GEMEINEigentum. INSOFFERN - und nur insofern - fällt das "bürgerliche Recht" fort. (...)

Die ökonomische Grundlage für das vollständige Absterben des Staates ist eine so hohe Entwicklung des Kommunismus, daß der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, folglich eine der wichtigsten Quellen der heutigen GESELLSCHAFTLICHEN Ungleichheit beseitigt wird, und zwar eine Quelle, die durch den bloßen Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum, durch die bloße Expropriation der Kapitalisten keinesfalls mit einem Schlag aus der Welt geschafft werden kann. Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ERMÖGLICHEN. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung AUFHÄLT, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird. Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit, zur Verwandlung der Arbeit in "das erste Lebensbedürfnis" führen wird, das wissen wir nicht und KÖNNEN WIR NICHT wissen. Wir sind daher auch nur berechtigt, von dem unvermeidlichen Absterben des Staates zu sprechen. Dabei betonen wir, daß dieser Prozeß von langer Dauer ist und vom Entwicklungstempo der HÖHEREN PHASE des Kommunismus abhängt, wobei wir die Frage der Fristen oder der konkreten Formen des Absterbens vollkommen offenlassen, denn Unterlagen zur Entscheidung dieser Fragen GIBT ES NICHT.“

Neben der Frage der längeren Dauer, der ersten, der sozialistischen Phase geht Lenin hier, vor der Oktoberrevolution, davon aus, dass die Entwicklung der Produktivität von zentraler Bedeutung für die Entwicklung hin zum Ziele einer Gesellschaft ist, deren Credo die Befriedigung der Bedürfnisse aller ist. Wobei er ausdrücklich darauf verweist, dass auch die Menschen sich in der Phase des Sozialismus erst daran gewöhnen können werden die Regeln des Zusammenlebens ohne Zwang einzuhalten, weil sie vom Kapitalismus befreit sind. Und Lenin geht in dieser Phase davon aus, dass alleine die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einen gewaltigen Schub in der Entwicklung der Produktivkräfte auslösen würde.

Hier musste Lenin wenige Jahre später erkennen, dass dies alleine keinen schnellen Automatismus auslöst. Er entwickelte die Notwendigkeit der Neuen Ökonomischen Politik, der NÖP.

Lenin definierte die NÖP in den Jahren 1920 / 1921. Er führte aus, dass in den ersten Jahren nach der Revolution der zu schnelle Versuch zur „kommunistischen Produktion und Verteilung“ überzugehen zu einer ersten Niederlage geführt hatte, weil man vergessen hatte, „dass ein langwieriger und komplizierter Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft (und zwar desto langwieriger, je weniger entwickelt sie

ist), ein Übergang auf dem Weg der sozialistischen Rechnungsführung und Kontrolle notwendig ist, um auch nur zu einer der Vorstufen der kommunistischen Gesellschaft zu gelangen.“¹ Er sagte zur NÖP: „Die Neue Ökonomische Politik bedeutet die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Steuer, bedeutet den Übergang zur Wiederherstellung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß. In wie großem Ausmaß, das wissen wir nicht. Konzessionen an ausländische Kapitalisten (...), Verpachtungen an Privatkapitalisten – das ist eben eine direkte Wiederherstellung des Kapitalismus, und das ist mit den Wurzeln der Neuen Ökonomischen Politik verbunden.“²

Zu den Gefahren schrieb er: „Wer wird Siegen – der Kapitalist oder die Sowjetmacht?“ „Darauf läuft der ganze gegenwärtige Krieg hinaus: Wer wird siegen, wer wird die Lage schneller ausnutzen – der Kapitalist, den wir selbst zur Tür hereinlassen, oder sogar durch mehrere Türen (und durch viele Türen, die wir selbst nicht kennen und die ohne und gegen unsere Absicht aufgetan werden) oder die proletarische Staatsmacht.“³

Linke Kritik an einer hohen Flexibilität gerade auch in ökonomischen Fragen, hatte Lenin bereits 1918 zurückgewiesen. In seiner Schrift „Über „linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit“ schreibt er:

„Gehen wir nun zu dem Missgeschick unserer „linken“ Kommunisten auf dem Gebiet der inneren Politik über. Man kann kaum ohne ein Lächeln solche Phrasen in den Thesen über die *gegenwärtige* Lage lesen, wie:

„...*Eine* planmäßige Ausnutzung der unversehrt gebliebenen Produktionsmittel ist nur bei entschiedenster Vergesellschaftung denkbar... Keine Kapitulation vor der Bourgeoisie und ihren kleinbürgerlichen Handlangern unter den Intellektuellen, sondern gänzliche Vernichtung der Bourgeoisie .und endgültiges Brechen der Sabotage“...

Diese lieben „linken Kommunisten“. Wie viel Entschiedenheit ist bei ihnen zu finden... und wie wenig Überlegung! (...)

Gestern war das Wesentliche des gegenwärtigen Augenblicks, möglichst entschieden zu nationalisieren, zu konfiszieren, die Bourgeoisie zu schlagen und zu vernichten, die Sabotage zu brechen. Heute sehen nur Blinde nicht, dass wir mehr nationalisiert, konfisziert, zerschlagen und zerbrochen haben, *als wir bei der Bestandsaufnahme zu erfassen vermochten.* (...)

„Endgültiges Brechen der Sabotage“... Da haben sie das Richtige gefunden! Die Saboteure bei uns sind zur Genüge „gebrochen“ worden. Uns fehlt es an etwas

1 LW Bd. 33 S. 42/43 „Die NÖP und die Aufgaben der Ausschüsse für pol.-kult. Aufklärung“

2 LW Bd. 33 S. 45

3 ebenda.

ganz, ganz anderem, an der *Feststellung*: an welchen Platz wir diese oder jene Saboteure stellen müssen; an einer solchen Organisation *unserer* Kräfte, wo, sagen wir, ein bolschewistischer Leiter oder Kontrolleur die Aufsicht über hunderte Saboteure hat, die in unseren Dienst treten. (...)

Wenn die von uns angeführten Worte ein Lächeln hervorrufen, so ruft die Entdeckung der „linken Kommunisten“, dass der Sowjetrepublik bei der „rechtsbolschewistischen Abweichung“ eine „Evolution zum Staatskapitalismus“ drohe, ein geradezu homerisches Gelächter hervor. Da haben sie uns wirklich einen Schreck eingejagt! (...)

Sie haben nicht daran gedacht, dass der Staatskapitalismus ein *Schritt vorwärts* gegenüber der jetzigen Lage der Dinge in unserer Sowjetrepublik wäre. (...)

Es hat wohl noch keinen Menschen gegeben, der sich mit den Fragen der russischen Wirtschaft beschäftigt und den Übergangscharakter dieser Wirtschaft bestritten hätte. Kein einziger Kommunist hat wohl bestritten, dass die Bezeichnung „Sozialistische Sowjetrepublik“ die Entschlossenheit der Sowjetmacht bedeutet, den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber die Anerkennung der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse als sozialistisch.

Was bedeutet aber das Wort Übergang? Bedeutet es nicht, in Anwendung auf die Wirtschaft, dass in der gegebenen Ordnung Elemente, Teile, Stücke *sowohl* des Kapitalismus *als auch* des Sozialismus vorhanden sind? (...)

Der Staatskapitalismus steht erstens *wirtschaftlich* unvergleichlich höher, als unsere jetzige Wirtschaft.

Zweitens enthält er für die Sowjetmacht absolut nichts Gefährliches, denn der Sowjetstaat ist ein Staat, in dem die Macht der Arbeiter und der armen Bevölkerung gesichert ist. Die „linken Kommunisten“ haben diese unbestreitbaren Wahrheiten nicht begriffen, die natürlich ein „linker Sozialrevolutionär“ niemals begreifen wird, weil er überhaupt nicht imstande ist, irgendwelche Gedanken über politische Ökonomie zu fassen, die aber jeder Marxist anerkennen *muss*.“

Wohlgemerkt, diese Aussagen traf Lenin einige Jahre vor dem Beginn der NÖP.

Wann und warum wurde die NÖP beendet? Ihre Beendigung liegt in den Jahren 1928 und 1929. Bis dahin hatte sie ökonomische Erfolge ermöglicht und, wenn man die entsprechenden Aussagen von Stalin dazu liest, kam sie dann wegen der internationalen Klassenkampfsituation an ihre Grenzen.

1929 schreibt er in „Das Jahr des großen Umschwungs: „Daraus folgt, dass die Partei verstanden hat, unseren Rückzug in den ersten Stadien der Neuen Ökonomischen Politik in zweckmäßiger Weise auszunutzen, um danach in deren

nachfolgenden Stadien, den Umschwung herbeizuführen und eine erfolgreiche Offensive gegen die kapitalistischen Elemente einzuleiten.“ Im weiteren Verlauf beschreibt er, dass ein Hintergrund für diese Veränderung die Verweigerung des Auslandskapitals Russland Kredite und Anleihen für den Aufbau der Schwerindustrie zur Verfügung zu stellen war. Mit dieser Weigerung wollte man diesen Aufbau blockieren und damit die Sowjetmacht erdrosseln. „Eben davon gehen die Kapitalisten aller Länder aus, wenn sie uns Anleihen und Kredite verweigern, in der Annahme, dass wir mit dem Akkumulationsproblem aus eigener Kraft nicht fertig werden, dass wir in der Frage der Rekonstruktion der Schwerindustrie Schiffbruch erleiden und gezwungen sein würden, vor ihnen zu Kreuze zu kriechen und ihre Schuldklaven zu werden.“

All diese Aussagen zeugen davon, dass die Kommunistinnen und Kommunisten lernen mussten, dass die Phase des Übergangs zum Kommunismus wesentlich länger ist, als dies zu Zeiten des Manifests erwartet wurde.

Mit dieser Frage befasste sich u.a. Walter Ulbricht 1967 in einer Rede zum 100 Geburtstag des Kapitals⁴. Dort formuliert er zum sozialistischen Aufbau: „Der VI. Parteitag unserer Partei (der war 1963 – P.K.) stellte fest, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR gesiegt haben. Wir betrachteten diesen Sieg nicht als Abschluß des sozialistischen Aufbaus, sondern als eine wichtige Etappe beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse beginnen alle Elemente des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, darunter auch die Produktionsverhältnisse selbst, sich auf der eigenen Grundlage des Sozialismus zu entwickeln“ (...)

„Wenn wir den geschichtlichen Prozeß von der Entstehung der Elemente des Sozialismus in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bis zur Gegenwart betrachten, so zeichnen sich zwei Phasen der Entwicklung ab. In der ersten Phase wurden die Grundlagen des Sozialismus geschaffen durch den schrittweisen Übergang der Produktionsmittel in die Hände des Volkes, durch die Organisierung der Planwirtschaft, durch die allmähliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der Handwerkerproduktionsgenossenschaften und der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, der sozialistischen Formen des Handels sowie durch wichtige Bildungsreformen. Diese Phase endete mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, mit dem das System der ökonomischen Gesetze des Sozialismus voll wirksam wurde. (...) Was ist die wichtigste Schlußfolgerung, zu der wir in dieser Hinsicht gelangt sind? Sie besteht darin, daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab.“

4 - Walter Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Berlin 1967

- 2) Die Definition des Begriffs Sozialismus als Charakterisierung einer Etappe auf dem Weg zum Kommunismus, als wissenschaftlicher Begriff, als Kampflösung – gegebene Unschärfen.

In unserem Parteiprogramm geben wir bezüglich der Kategorien Kommunismus und Sozialismus folgende kurze Definition:

„Als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist der Sozialismus zugleich eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus, jener Gesellschaft, in der es keine Klassen mehr gibt; in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft erstes Lebensbedürfnis geworden und die Warenform der Produkte aufgehoben ist. Dann werden die vergesellschaftete Produktion und die allseitige Entwicklung der Menschen einen solchen Stand erreicht haben, dass der Grundsatz „Jeder nach seinen Fähigkeiten – Jedem nach seinen Bedürfnissen“ in die Tat umgesetzt werden kann. Der Übergang zum Kommunismus wird in einem langen geschichtlichen Prozess durch den Aufbau des Sozialismus vorbereitet.“

Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Sie gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, an den Finanzinstituten und Naturressourcen. Sie ermöglicht damit die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zum Wohle der Allgemeinheit und die immer bessere Befriedigung der wachsenden kulturellen Bedürfnisse.“

Wir gehen also von einem Zeitraum nach der Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse aus, der genutzt wird um der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen. Ab wann spricht man dann von Sozialismus. Lenin verweist ja darauf, dass Sozialismus nicht nur wissenschaftlicher Begriff/Definition, sondern auch politischer Kampfbegriff ist, wenn er sagt: „dass die Bezeichnung „Sozialistische Sowjetrepublik“ die Entschlossenheit der Sowjetmacht bedeutet, den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber die Anerkennung der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse als sozialistisch.“

Das sind Hintergründe dafür, dass auch die Definitionen der Stadien und Phasen auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft genauso wenig filigran zu beschreiben waren und sind, wie die klassenlose Gesellschaft selbst.

Als wissenschaftlicher Terminus kann für die erste Phase ggf. der Terminus „Diktatur des Proletariats“ benutzt werden und das sozialistische und kommunistische Gesellschaftsstadium kann, in Erweiterung dessen, was wir im Parteiprogramm formulieren, noch mit Folgendem beschrieben werden:

Für die erste, die sozialistische Phase gilt: „Jeder nach seinen Möglichkeiten und jedem nach seiner Leistung“ für die kommunistische Phase gilt dann „Jeder nach seinen Möglichkeiten und jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Und für die kommunistische Phase muss die Ware-Geld-Beziehung, deshalb überwunden und die Voraussetzungen für das Absterben des Staates gegeben sein.

Diese wissenschaftliche Unschärfe führte in der Geschichte der kommunistischen Bewegung ja durchaus auch zu Unterschieden. So sprach die Sowjetunion in den 80iger Jahren des vorigen Jahrhunderts davon, dass man den Kommunismus aufbaue – aus heutiger Sicht sicher voluntaristisch, während die DDR von der entwickelten, sozialistischen Gesellschaft sprach, als deren Beginn sie den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse markierte.

Ein zusätzliches Problem ergab sich daraus, dass die möglicherweise politisch notwendige Kampflosigkeit von der Unwiderruflichkeit des Siegs der sozialistischen Produktionsverhältnisse zu einer Unterschätzung der Kraft des Klassengegners und der Fortdauer von Überresten des Kapitalismus im Massenbewusstsein führte.

Natürlich ergibt sich aus der Problematik „Jeder nach seiner Leistung“ und andererseits der Notwendigkeit der Steigerung der Produktion auch ein Widerspruchsfeld. Das muss durch den sozialistischen Wettbewerb angegangen werden, wird aber oft nicht ausreichen. Muss man dann, wie Lenin schreibt dem Kapitalismus Türen öffnen, um ihn zu nutzen, dann geben sich Kapitalisten nicht mit „Jeder nach seiner Leistung“ zufrieden. Dies ist dem Kapitalismus und den Kapitalisten wesensfremd, denn sie verdienen ja am Eigentum an Produktionsmitteln, an der, wie immer auch verschleierte Ausbeutung anderer und das hat mit Leistung im genannten Sinne nun Nichts zu tun.

3) Massen-, Klassenbewusstsein, Konsumtion, Bedürfnisbefriedigung und Bedürfnisentwicklung

Hier möchte ich zumindest auf den Problemkomplex verweisen, dass die Bedürfnisse der Massen erstmal die Bedürfnisse sind, die sie aus der vorrevolutionären Zeit mitbringen. Dies wirkt offensichtlich auch sehr lange nach und führt dazu, dass Zufriedenheit im gesellschaftlichen Vergleich stark vom Vergleich der Befriedigung der direkten Konsumtion abhängt. Alle von uns, die noch die DDR erlebt haben, können sich daran erinnern und das war ja auch ein zentraler Moment dafür, dass die BRD auch hinsichtlich der Zugeständnisse an die eigene Arbeiterklasse offener war. Man hatte die Funktion eines Schaufensters. Dinge, die aus heutiger Sicht sogar ökologisch sinnvoll waren, wie der Vorrang des öffentlichen Verkehrs vor dem Individualverkehr erschienen im Bewusstsein vieler Menschen in BRD und DDR eher als Beispiele der Überlegenheit des Kapitalismus. Damit wurde ein permanenter Druck auf die DDR erzeugt. Dieser Druck führte zu politischen Entscheidungen. Möglicherweise auch dazu, dass Konsumtionsbedürfnisse früher befriedigt werden sollten, als dies ökonomisch möglich war.

Es gibt ja heute durchaus die Kritik, ob nicht die stärkere Orientierung auf die Konsumbedürfnisse der Massen, wie sie in der stark unter Erich Honecker konzipierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der DDR zum Ausdruck kam, ein ökonomischer Fehler war. Sicherlich war sie aber politischem Druck geschuldet, der vom Imperialismus mit dem Schaufenster BRD erzeugt worden war.

Es scheint leider auch so zu sein, dass erreichte Erfolge, die eigentlich für die Entwicklung der Produktivkraft Mensch, mindestens so wichtig sind, wie die direkte Konsumtion im individuellen Vergleich von Gesellschaftssystemen eine geringere Rolle spielen. Zumindest gibt es wohl die Tendenz, dass viele Menschen dazu neigen, ein gutes Bildungs- oder Gesundheitswesen im Vergleich zur Versorgung mit Konsumgütern in der Aufbauphase des Sozialismus eher zu unterschätzen.

4) Die Problematik der Entwicklung der Produktivität

In jedem Fall ist die Entwicklung der Produktivität eine zentrale Frage. Sie ist eine Frage des Überlebens im internationalen Klassenkampf. Sie ist eine Frage für die Überwindung der Armut, sie ist eine Voraussetzung für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und sie schafft die Ressourcen, die notwendig sind um den Sozialismus zu verteidigen.

Wir rufen nochmal Lenins Aussage aus Staat und Revolution in Erinnerung: „Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ERMÖGLICHEN. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung AUFHÄLT, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird.“ Er spricht von ermöglichen, nicht von einem sofortigen Automatismus. Trotzdem sprach er wenig später davon, dass es darum gehe „die Saboteure einzusetzen“ und in der Begründung der NÖP, dass es darum gehe den Kapitalisten Türen aufzumachen und das Risiko darin bestehe, ob es den Kommunisten gelingt die Kapitalisten auszunutzen oder den Kapitalisten gelingt die offenen Türen auszunutzen.

Andere Versuche, die notwendige Produktivitätssteigerung durch Kampagnen zu erringen, waren meist nicht von Erfolg gekrönt. Ein Beispiel dafür sind die Erfahrungen der chinesischen Kommunistinnen und Kommunisten mit dem „Großen Sprung nach vorne.“

Man ist gezwungen Produktionsmittel von den Kapitalisten zu erwerben, dafür müssen die Mittel vorhanden sein, der Staat braucht Mehrprodukt und das braucht er unter den Bedingungen eines vom Kapitalismus/Imperialismus dominierten und diktierten Weltmarkts. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), flapsig gesprochen, die Institution der ökonomischen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder „Moskauer Prägung“ konnte zwar nach innen eine Zusammenarbeit

entwickeln, die wesentlich stärker von Planmäßigkeit und Solidarität geprägt war als alle Formen der ökonomischen Zusammenarbeit von Ausbeutergesellschaften. Trotzdem war er schwächer und teilweise abhängig von imperialistischen Ländern oder Institutionen, die von diesen dominiert waren. Diese Schwäche war auch ein Ergebnis der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung, die dazu führte, dass die VR China nicht Mitglied des RGW war. Diese Abhängigkeit wurde regelmäßig für Erpressung, ökonomische Diversion und Sabotage ausgenutzt.

Ökonomische Diversion kann dabei auch ganz einfache Formen haben. In der DDR wurden mehrfach Hamsterkäufe, die dann tatsächlich Mangel hervorriefen, dadurch erzeugt, dass Medien der BRD den angeblichen Mangel verkündeten.

5) Die Problematik der Eigentumsformen – Fragen des Staatskapitalismus, des sozialistischen Eigentums auf dem Weg zum Sozialismus

In einem Artikel in den marxistischen Blättern hatte ich mich mit den Formen des Eigentums an Produktionsmitteln in der DDR beschäftigt und sinngemäß geschrieben, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln bis 1972 bestand – eine schon recht lange Zeit von 20 Jahren nach dem Beschluss mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Allerdings war auch diese Aussage nicht ganz richtig, weil sie das genossenschaftliche Eigentum außer Acht lies, bei dem in der DDR z.B. die Bauern Eigentümer ihres Landes blieben. Das hat natürlich auch historische Gründe. Kleinbauern und Landarbeiter mussten beim antifaschistisch-demokratischen Aufbau als Bündnispartner der Arbeiterklasse gewonnen werden. Der Stoß war zu führen gegen Kriegsverbrecher und Junker – darum die Landreform, die ja erstmal über 500.000 neue Besitzer des Produktionsmittels Grund und Boden schaffte. Im Zuge des Aufbaus des Sozialismus wurden dann die LPG gebildet und trotzdem blieben die Bauern Eigentümer des Bodens. Allerdings gaben sie die Verfügungsgewalt an die Genossenschaft ab, also an das Kollektiv der Bauern und landlosen Beschäftigten der Genossenschaft. Sie waren also Besitzer von Produktionsmitteln bei Verzicht auf die individuelle Verfügungsgewalt. Nimmt man Lenins allgemeine Klassendefinition: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (...) Verhältnis zu den Produktionsmitteln“, so hat die Klassenanalyse in der DDR mit Fug und Recht von einer neuen Klasse, nämlich den Genossenschaftsbauern gesprochen. Genossenschaftliches Eigentum wurde in der DDR als eine Form des sozialistischen Eigentums bezeichnet. Auch dies kann man durchaus teilen, wenn auch anzumerken gilt, dass für die Genossenschaft als Ganzes im Sozialismus die Ware-Geld-Beziehung fortbesteht und auch aus diesem Grund diese Eigentumsform auf dem Weg zum Kommunismus überwunden werden wird.

Interessant ist für diese Klasse der Genossenschaftsbauern, dass sie Eigentümer von Produktionsmitteln waren, und sich damit arrangierten, dass sie eben keine direkte Verfügungsgewalt über diese hatten.

- 6) Probleme der Klassen, des Klassenkampfes im Verhältnis zu Eigentumsformen auf dem Weg zum Sozialismus – die Integration von (unterdrückten) Klassen in die Hegemonie der herrschenden Klasse. Probleme der Ausübung der politischen Macht der Arbeiterklasse.

Gibt es in einer Gesellschaft Klassen, dann gibt es in der Regel auch Klassenkampf. Gibt es in einer Gesellschaft Kapitalisten, dann gibt es zumindest, wenn ihre Anzahl nicht völlig marginal ist, auch eine Kapitalistenklasse.

So gesehen gab es in allen Ländern nach der proletarischen Revolution noch Phasen mit einer existierenden Kapitalistenklasse.

Allerdings wissen wir aus leidlicher Erfahrung, dass es einen Unterschied zwischen der Klasse an sich, also der objektiv aufgrund ihres Platzes im geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion bestehenden und der sich als solche erkennenden gibt. Bezüglich der Arbeiterklasse im Kapitalismus ist genau diese Formierung der Klasse, ja das große Problem.

Dieser Formierung stehen objektive und subjektive Faktoren entgegen. Teile der Arbeiterklasse werden in die Strategie der Kapitalisten integriert, das verstärkt sich noch im imperialistischen Stadium. Medien ein Ideologieapparat ein Bildungswesen und vieles mehr werden mobilisiert um diese Formierung zu verhindern.

Wie ist dies nun aber in der Phase, wenn die Arbeiterklasse die Macht errungen hat. Bereits Lenin hat darauf hingewiesen hat, dass die Ausübung der Macht der Arbeiterklasse nicht nur unterdrückend angewendet wird. Vom Kapitalismus läßt sich ja lernen, dass es ihm gelingt Teile der Arbeiterklasse zu integrieren oder Unterdrückung so zu verpacken, dass sie nicht als solche empfunden wird. Integration einer Kapitalistenklasse in die Macht der Arbeiterklasse erfordert sicherlich die Bestechung dadurch, dass die Kapitalisten Profit machen können.

Allerdings bleibt es natürlich auch bei dem Risiko, das Lenin beschreibt: „Wer wird siegen, wer wird die Lage schneller ausnutzen – der Kapitalist, den wir selbst zur Tür hereinlassen, oder sogar durch mehrere Türen (und durch viele Türen, die wir selbst nicht kennen und die ohne und gegen unsere Absicht aufgetan werden) oder die proletarische Staatsmacht“

Der Festigkeit der proletarischen Staatsmacht kommt also die entscheidende Bedeutung zu. Nach den geschichtlichen Erfahrungen heißt das aber vor allem der Festigkeit der kommunistischen Partei. Natürlich wird der Klassengegner seinen Hauptstoß unter Umständen gegen andere Teile der Staatsmacht richten, in der DDR war das vor allem das Ministerium für Staatssicherheit – entscheidend für die Frage der proletarischen Staatsmacht ist aber die Frage der Partei. Ist sie noch Avantgarde oder hat sie diese Rolle verloren.

7) Der Einfluss der internationalen Klassenkampfsituation

Aus meiner Sicht spricht derzeit Nichts dafür, dass kommende Ausbruchsversuche in Richtung Sozialismus ganze Regionen oder Kontinente gleichzeitig erfassen werden. Vieles deutet daraufhin, dass es auch in der vor uns liegenden Periode eher schwächere Ökonomien, schwächere Glieder“ sein werden. Diese Versuche werden noch für lange Zeit in einem weltweiten Kräfteverhältnis stattfinden, das von der Dominanz des Imperialismus geprägt ist und sein wird.

In früheren Phasen bestand das Instrumentarium des antisozialistischen Kampfes des Imperialismus vor allem aus militärischer Intervention, aus Sabotage, Attentaten und Kriegen. Hier hat der Imperialismus seine Klaviatur erweitert. In der Zeit des starken europäischen Sozialismus kamen Totrügen, Wirtschaftsblockade, ideologische Aufweichung und anderes dazu. Heute noch ergänzt durch Farbenrevolutionen, Menschenrechtsimperialismus oder das Hineintragen von Spaltungstendenzen in revolutionäre Kräfte und ihre Bündnispartner, das hat er perfektioniert. Auf der anderen Seite gibt es auch für revolutionäre Kräfte fast nur die Überlebenschance, wenn es gelingt Widersprüche im imperialistischen Lager auszunutzen und zu vertiefen. Eine wichtige Möglichkeit dabei ist Kapitalisten Möglichkeiten anzubieten Profite zu realisieren.

Und klar sollte uns sein, beim Kampf gegen den Sozialismus scheut der Imperialismus kein Verbrechen, keine Brutalität und keine Todesopfer. Da mag der Imperialismus gelegentlich auf Filzlätschen daherkommen. Auch heute sterben Menschen an den Blockaden, Sanktionen.

Dies zwingt den Sozialismus zu Ausgaben für Militär, Geheimdienste u.ä., die Mittel dafür müssen erwirtschaftet werden und fehlen für die Bedürfnisbefriedigung. Dies zwingt den Sozialismus zur permanenten Abwägung, wer ist Freund und wer ist Feind – bei der Beantwortung sollte man so wenig Fehler als möglich machen – in beide Richtungen. Leider wird man sie aber machen.

8) Internationale ökonomische Verhältnisse und Abhängigkeiten

Solange der Imperialismus noch Einfluss hat wird es ökonomische Abhängigkeiten geben, solange er noch dominierend ist, wird er oftmals in der Lage sein die Regeln zu diktieren.

Nicht vergessen, wie der weltweite Kupferpreis fiel, nachdem in Chile die Kupferminen verstaatlicht waren und damit die Ökonomie Chiles massiv unter Druck kam. Ähnliches passiert heute mit Venezuela. Und das obwohl weder Chile sozialistisch war noch Venezuela es heute ist.

Aber: Versuche dieser Abhängigkeit durch weitgehende Autarkie zu entkommen sind m.E. ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Dies gilt ökonomisch, es gilt wegen der Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte und es gilt wegen der notwendigen Ausnutzung innerimperialistischer Widersprüche.

Bei der Abhängigkeit geht es um Rohstoffe, um Lebensmittel, um Technologie, aber es geht vor allem auch um die Regelung der globalen Ökonomie. Vieles wird dort heute vom internationalen Währungsfonds, von der Weltbank bestimmt – Beide im Wesentlichen von den Interessen des Imperialismus geleitet. Sich dem zu entziehen ist heute unrealistisch, es gelang auch zu Zeiten eines existierenden RGW im Wesentlichen nur nach Innen. Trotz des militärisch nahezu gegebenen Gleichgewichts, war ökonomisch der Imperialismus oft in der Vorderhand, dazu kam die unselige Spaltung zwischen den RGW-Ländern und China. Der RGW deckte mit der Sowjetunion, den europäischen, sozialistischen Ländern mit Vietnam und Kuba einen relevanten Teil der Welt ab. Dies wurde in der Hochphase durch Kooperationsabkommen mit Ländern in Afrika, die einen sozialistischen Weg begannen, aber auch mit Ländern, wie Mexiko und dem Irak ergänzt. Hier konnten innere Austauschverhältnisse begonnen werden, die frei waren von imperialistischer, neokolonialer Ausbeutung, die etwas Neues auf der Welt darstellten. Das ist leider Geschichte.

Eine entscheidende Frage der ökonomischen Abhängigkeit stellt dabei die Frage der vorherrschenden Währung dar. Selbst in den Hochphasen des RGW, gab es mit dem Rubel zwar eine innere Währung, nach außen wurde aber mit Devisen, meist mit Dollar, bei der DDR stark auch mit der DM gehandelt. Diese Devisen mussten erwirtschaftet werden – eine gute Möglichkeit des Imperialismus, um von den sozialistischen Ländern relative Dumpingpreise zu erpressen oder sie zu unpopulären Maßnahmen, als Beispiel seien die Intershops in der DDR genannt zu zwingen.

Wenn eine Landeswährung, wie derzeit noch der Dollar als Weltwährung fungiert, dann stellt das in der Regel auch eine ökonomische Stärkung dieses Staates dar. Deshalb auch folgerichtig heute die Versuche dem etwas entgegenzusetzen, die es zum Teil aus den BRICS-Staaten, nun aber auch aus der Zusammenarbeit der Russischen Föderation mit der VR China gibt.

Dazu kommt das Problem der Konvertierbarkeit von Währungen. Nutzt man eine Währung auch in der Außenbeziehung mit dem Imperialismus, eröffnet sich für den Imperialismus die Möglichkeit mit der Währung gegen die sozialistische Ökonomie zu spekulieren. Tut man es nicht, steht man vor der Devisenproblematik.

Aus meiner Sicht ist eine Tatsache, dass sich keine Land, das den Sozialismus aufbauen will, einer internationalen Abhängigkeit bzw. Zusammenarbeit von bzw. mit imperialistisch/kapitalistischen Einflüssen entziehen kann. Fakt ist auch, dass dieses Feld ebenfalls ein entscheidendes Feld des Klassenkampfes ist.

Daraus ergibt sich auch ein zusätzliches Problem. Sozialistische Unternehmen müssen damit auch im kapitalistischen Ausland agieren. Sie können dabei aber keine sozialistischen Inseln aufbauen, sondern werden in kleineren oder größeren Umfang Agieren müssen, wie ihre kapitalistischen Konkurrenten, sonst werden sie nicht das tun können, was sie sollen, nämlich Mittel für den Aufbau des Sozialismus zu erwirtschaften.

- 9) Eine reine sozialistische Revolution wird es im imperialistischen Stadium nicht geben, das hat Auswirkungen auf die Bündnispolitik beim sozialistischen Aufbau

Alle Erfahrungen seit der Oktoberrevolution deuten darauf hin, dass proletarische / sozialistische Revolutionen nicht unbedingt als solche beginnen bzw. der proletarische / sozialistische Charakter von anderen Momenten überlagert, beeinflusst wird. Und auch die Oktoberrevolution war proletarische Revolution und Befreiung der kleinen Bauern aus dem halbfeudalen Joch.

Die chinesische, die kubanische Revolution und der Sieg in Vietnam waren zugleich Prozesse der nationalen Befreiung.

Die Revolutionen in den sogenannten Volksdemokratien in Europa und der DDR begannen mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und hatten zusätzlich den Charakter der nationalen Befreiung. Sie waren nicht überall Ergebnis des Kampfes der Volksmassen, dafür aber überall Befreiung durch den Sieg der Roten Armee der Sowjetunion, die selbst ein fragiles Bündnis mit den Alliierten eingegangen war.

Die Anfänge der Revolutionen in Angola, Mozambique und weiteren portugiesischen Kolonien waren dominiert vom Charakter der nationalen Befreiung, dem antikolonialen Kampf.

In Portugal stand die antifaschistische Befreiung im Vordergrund, unsicher bin ich mir in der Charakterisierung von Chile unter Allende. In Chile und Portugal siegte die Konterrevolution bevor es gelang sie zur proletarischen Revolution weiterzuentwickeln. In Venezuela spricht vieles dafür, dass Grad der erreichten Phase der nationalen Befreiung dadurch gefährdet ist, dass wichtige Kräfte den Bruch mit dem Kapitalismus fürchten.

Ich möchte aber hier gar nicht im Detail auf einzelne Prozesse eingehen, sondern vor allem darauf hinweisen, dass dieser Charakter der Revolutionen dazu führte, dass der erste Stoß in der Regel nur gegen einen Teil des Kapitals, teilweise sogar nur gegen einen Teil des Monopolkapitals geführt wurde.

In der Sowjetischen Besatzungszone waren das die Kriegsverbrecher und Junker, in den Volksdemokratien gegen die Kollaborateure mit den Faschisten, in China und Vietnam gegen die Kollaborateure mit den Besatzern. Und um diesen Stoß führen zu können war es in der Regel auch notwendig die Bündnismöglichkeiten in größtmöglicher Breite nicht nur auszuloten, sondern diese auch zu realisieren.

Ein brillantes geschichtliches Dokument für den Umgang von Kommunistinnen und Kommunisten mit solchen Herausforderungen ist der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945. Dort wird als Ziel formuliert:

„Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen

Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Im Aufruf der KPD werden dann Maßnahmen vorgeschlagen, die sich an potentielle Bündnispartner richten, zwei will ich hier nennen:

„Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“

Ein Vorschlag, der sich an kleinbürgerliche Krise an kleine und mittlere Unternehmer richtete.

„Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.“

Ein Vorschlag der sich an Landarbeiter, Kleinbauern richtete aber selbst den nicht-feudalen, nicht-kriegsverbrecherischen größeren Bauern eine Zukunft aufzeigte.

Klar, im letzten Zitat war bereits die Bodenreform in der SBZ angelegt. Damit wurde aber ein ganz anderer Weg gegangen als in der Sowjetunion, in der direkt nach der Oktoberrevolution mit dem Dekret über den Boden der Boden zum gesellschaftlichen Eigentum wurde, dass den Bauern zur Nutzung, nicht aber als Eigentum übergeben wurde. Dies wirkte, wie wir oben gesehen haben in der gesamten Geschichte der DDR nach.

10) Das Nachwirken geschichtlicher, kultureller, sozialer Traditionen

Sozialismus erfordert den revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen. Es erfordert, das Zerschlagen der bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie.

Gleichzeitig ist die sozialistische Revolution und der Aufbau des Sozialismus in geschichtlicher, kultureller, in vielerlei Hinsicht Aufhebung und Bewahrung des Vorigen, das heißt geschichtliche, kulturelle, soziale Dinge wirken fort, müssen ggf. verändert werden, können aber keinesfalls negiert werden.

Die meisten Völker in Asien waren über Jahrhunderte Spielball kolonialer, imperialistischer Interventionen, von Konflikten zwischen Kolonialisten und Imperialisten. Ihre Nationen wurden geteilt, zerstückelt, blutig unterdrückt. Die nationale Einheit wurde bereits im Feudalismus und im aufkommenden Kapitalismus auch Synonym für die Befreiung von kolonialer und imperialistischer Unterdrückung.

Ich staunte nicht schlecht, als ich 1989, bei den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Pjöngjang in der KDVR immer wieder gefragt wurde, was wir den für die Vereinigung Deutschlands tun würden. Die lag weder uns noch den Genossinnen und Genossen der damaligen FDJ besonders am Herzen.

Ich denke, dass es sich ähnlich verhält mit der Befreiung Hongkongs vom Joch des britischen Kolonialismus. Die Regierung der VR China ging ja sehr weit für 50 Jahre das Prinzip „ein Land – zwei Systeme“ festzuschreiben. Wir hätten ja als Kommunistinnen und Kommunisten in der BRD und der DDR eher das Risiko gesehen, kannten wir doch West-Berlin als Einfallstor der Diversion, die von manchen Imperialisten hinter vorgehaltener Hand als „die billigste Atombombe“ bezeichnet worden war.

Ich verweise beim Nachwirken, einfach, um die Komplexität darzustellen, auch auf Beispiele wie den Einfluss der katholischen Kirche in der damaligen Volksrepublik Polen, oder die Rolle der evangelischen Kirche in der DDR.

11) Die Klassenkampfsituation im Inneren

Das grobe Bild ist nach wie vor richtig. Die sozialistische Revolution führt zur politischen Macht der Arbeiterklasse, in der Regel im Bündnis mit anderen Klassen bzw. Schichten, die im Widerspruch zum Kapital bzw. im imperialistischen Stadium des Kapitalismus zum Monopolkapital stehen. Diese Macht wird genutzt um der Kapitalistenklasse nach und nach den Quell ihrer früheren Macht, die Produktionsmittel zu entreißen und die alte Kapitalistenklasse daran zu hindern sich wieder zur herrschenden Klasse zu erheben.

Offensichtlich wird es aber über längere Phasen noch privates Eigentum an Produktionsmitteln geben. Vieles spricht dafür, dass es Phasen geben wird, in denen man Kapitalisten sogar Türen öffnet.

Gibt es Kapitalisten, dann gibt es eine Kapitalistenklasse. Vom Grad ihrer Formierung hängt der Klassenkampf ab. Das Bild, dass damit im Sozialismus der Tiger zu reiten ist, trifft es wohl recht gut.

Konkret heißt das, dass die Gefahr der Konterrevolution wohl nie beseitigt ist, solange es Privateigentum an Produktionsmitteln bzw. dessen Nachwirkung im

Bewusstsein von Menschen gibt und solange der Kapitalismus/Imperialismus im Weltmaßstab Relevanz hat.

Kapitalismus bringt Kapitalismus hervor. Darum werden wir es in dieser vermutlich recht langen Zeit damit zu tun haben, dass innerhalb der sozialistischen Gesellschaft auch kapitalistisches Bewusstsein entsteht und sich reproduziert. Dagegen ist der Klassenkampf von oben zu führen und wohl mit den Mitteln, wie wir sie auch kennen, also von Integration über ideologische Beeinflussung bis hin zu gesetzlicher Unterdrückung. Ich denke, aktuell gehören dazu Kampagnen gegen Korruption, wie wir sie in den verschiedenen Ländern des sozialistischen Aufbaus erleben.

Dies alles ist äußerst riskant. Und das Risiko der Konterrevolution wird spätestens dann zur Realität, wenn dieses „existierende Gift“ auch den Kern, die kommunistische Partei befällt. Auch dafür gibt es viele Wege, dazu gehören Illusionen in den Kapitalismus, Karrierismus, die Vernachlässigung der Weltanschauung, sowohl des Erlernens als auch der Weiterentwicklung, um nur einige zu nennen.

12) Internationale Bündnispolitik

Der sich entwickelnde Sozialismus ist international gezwungen Bündnispolitik zu machen. Dabei ist er mit einer Situation konfrontiert, dass die Welt keineswegs nur Schwarz und Weiß ist. Wir haben es mit imperialistischen Führungsmächten zu tun, die einig sind in ihrer Stoßrichtung gegen den Sozialismus, die aber auch untereinander in Konkurrenz stehen und diese Konkurrenz auch darüber ausüben, wie sie mit dem sich entwickelnden Sozialismus Geschäfte machen.

Wir haben es mit kapitalistischen Ländern zu tun, die nicht oder noch nicht in der Liga der führenden Imperialisten mitspielen.

Wir haben es mit kapitalistischen Ländern zu tun, die unter der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung leiden. In der Regel gibt es dort Teile der nationalen Kapitalistenklasse, die mehr und andere, die weniger von dieser Situation profitieren.

Wir haben es mit Ländern zu tun, die noch stark feudale Strukturen oder das Nachwirken dieser haben. Es wird hier immer den Zwang geben eine Bündnispolitik zu entwickeln, die vor allem zwei Dinge zum Ziel hat:

Erstens das Überleben der Menschheit zu sichern, indem der Frieden und die Lebensgrundlagen der Menschheit so weit wie eben möglich, gesichert und erhalten werden.

Zweitens zu verhindern, dass die permanente Aggression des Kapitalismus/Imperialismus gegen den Sozialismus siegt. Das verlangt nach einer flexiblen Politik und Diplomatie und es beinhaltet die Gefahr das der Unterschied zwischen flexibler Politik und Diplomatie zur gleichzeitig notwendigen Konsequenz in Fragen der Weltanschauung und Ideologie verwischt.

Es war und ist für kommunistische Parteien ein Problem, wenn der Unterschied zwischen staatlicher Außenpolitik des sozialistischen Staates und Internationalismus der kommunistischen Partei verwischt.

13) Die Notwendigkeit des Erhalts des Friedens, der natürlichen Lebensgrundlagen – friedliche Koexistenz als Form des Klassenkampfes

Diese Problematik wird noch verstärkt dadurch, dass sich heute die Notwendigkeit des Kampfes um Frieden und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen schärfer stellt als in allen früheren Menschheitsperioden.

Die friedliche Koexistenz zwischen Kapitalismus/Imperialismus und Sozialismus ist eine notwendige Voraussetzung für die Möglichkeit der sozialistischen Entwicklung.

Aber: Der Kapitalismus/Imperialismus kann nur zum Frieden gezwungen werden, er wird aufgrund seiner inneren Konkurrenzsituation und aufgrund seiner für ihn notwendigen Kampfes gegen den Sozialismus nie seine Aggressivität ablegen können.

Dieses Wissen dürfen Kommunistinnen und Kommunisten niemals vergessen, sie dürfen aber auch nicht in den Fatalismus der Unmöglichkeit ihn zum Erhalt der Menschheitsperspektive zwingen zu können, verfallen.

Ein Moment dieses Kampfes ist natürlich die militärische Fähigkeit den Sozialismus zu verteidigen. Eine andere ist aber auch der ökonomische Austausch mit dem Imperialismus. Das daraus auch Erpressbarkeit folgen kann, haben wir beleuchtet. Genauso schlimm ist aber, wenn in diesem Friedenskampf vergessen wird, dass auch der Kampf um friedliche Koexistenz eine Form des Klassenkampfes ist.

Dieses Vergessen ist die ideologische Entwaffnung der kommunistischen Partei und die bedeutet – siehe oben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe sicherlich nicht alle Punkte der Komplexität des sozialistischen Aufbaus beleuchtet.

Wenn es mir gelungen ist zum Nachdenken und Diskutieren über diese Komplexität anzuregen, dann bin ich zufrieden.